

Bau -, Umwelt- und
Wirtschaftsdepartement
Bahnhofstrasse 15
Postfach 4168
6002 Luzern

Sursee, 13. April 2010

Stellungnahme zum Entwurf eines kantonalen Stromversorgungsgesetzes

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie geben uns Gelegenheit, zum Entwurf eines kantonalen Stromversorgungsgesetzes Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und nehmen sie gerne wahr.

Zusätzlich zur Beantwortung der im Fragebogen gestellten Fragen erlauben wir uns noch folgende Bemerkungen anzubringen:

Wir erachten es grundsätzlich als richtig, dass das Gesetz sehr kurz gehalten ist und nur die wichtigsten Bestimmungen enthält. Es ist bekannt, dass das Bundesgesetz über die Stromversorgung bereits wieder überarbeitet werden soll. Deshalb ist wohl vernünftigerweise auch das kantonale Gesetz möglichst einfach zu gestalten und dann, wo notwendig, dem Bundesgesetz wieder anzupassen.

Mit den Zielen und Grundsätzen wie Wirtschaftlichkeit und Effizienz können wir uns einverstanden erklären. Im Hinblick darauf, dass der Stromverbrauch noch immer fast ungebremst ansteigt und die genügende Stromproduktion eine immer grösser werdende Herausforderung darstellt, scheint uns die Ergänzung um ein zusätzliches Ziel des möglichst sparsamen Stromverbrauches unbedingt erforderlich. Vor allem aber auch aus ökologischen und nachhaltigen Überlegungen müssen wir uns ehrgeizige Sparziele unbedingt setzen (2000-Watt-Gesellschaft!) Wir könnten uns durchaus auch vorstellen, Leistungsaufträge mit Sparzielen zu formulieren.

Aus regionalpolitischer Sicht sind unseres Erachtens unbedingt die möglichen Unterschiede der Netznutzungstarife (§ 9) klarer zu regeln bzw. gesetzlich zu begrenzen. Zu grosse Differenzen dieser Tarife zwischen städtischen und ländlichen Gebieten würden zu unerwünschten Wettbewerbsverzerrungen führen.

Ähnliche Befürchtungen haben wir mit der Formulierung des § 8. Dieser ist aus unserer Sicht unklar formuliert. Wir finden es falsch, wenn entgegen den gewachsenen Strukturen und heutigen Gepflogenheiten die Anschlussleitungen aller ausserhalb der Bauzonen gelegenen Anlagen selber finanziert werden müssen. Dies könnte beispielsweise Produktionsanlagen von erneuerbarer Energie (Wind/Sonne) zum vornherein unwirtschaftlich werden lassen.

Schliesslich wehren wir uns ganz entschieden gegen die vorgeschlagene Streichung der Konzessionsgebühren. Wir sind uns bewusst, dass diese im Grunde einer Besteuerung des Stroms gleichkommen. Sollten diese jedoch gestrichen werden, müssen die entgangenen Einnahmen in den Gemeinden durch eine Korrektur der Einkommenssteuern kompensiert werden. Wir geben auch zu bedenken, dass ein Teil der Konzessionseinnahmen in vielen Gemeinden für Energiesparprogramme eingesetzt wird. Es wäre nicht zuletzt deshalb auch politisch falsch, diese Gebühren zu streichen, zudem diese ja lediglich einen marginalen Prozentsatz des Strompreises ausmachen.

Langfristig ist eine Abschaffung dieser Gebühren zu prüfen, wenn dafür eine generelle Kompensation auf eidgenössischer Ebene vorgesehen wird und auf diesem Weg tendenziell die Energie gegenüber der menschlichen Arbeit verteuert würde.

Unabhängig vom vorliegenden Gesetzesentwurf finden wir eine Diskussion im Rahmen des auszu-schaffenden Planungsberichtes über eine mögliche stärkere Einflussnahme des Kantons in den Bereichen Stromproduktion und Stromversorgung/Stromverteilung sehr wertvoll und wichtig. Die wirtschaftliche und flächendeckend sichere Versorgung mit Elektrizität ist ein zu sensibles Gut, als dass dies vollumfänglich Privatunternehmen mit Besitzesverhältnissen, die wenig Bezug zu unserer Region haben, überlassen werden sollte

Wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bitte Sie, unsere Anliegen möglichst zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Edgar Fischer
Präsident Verbandsleitung



Beat Lichtsteiner
Geschäftsführer